



Ein dritter Weltkrieg? Unsere einzige Chance: Entspannung Abrüstung Frieden



1964 ist ein Jahr der Erinnerungen an die finstersten Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte: 50 Jahre sind seit 1914, 25 Jahre seit 1939 vergangen. Von deutschem Boden sind zwei Weltkriege ausgegangen, die für Freund und Feind, für Soldaten wie Zivilisten Verluste, Verbrechen und Zerstörungen mit sich brachten, wie sie die Welt bis dahin nicht gekannt hat. Das alles scheint weit zurückzuliegen. Wer erinnert sich heute noch an Stalingrad, an Auschwitz, an Hiroshima — oder an die zerstörten deutschen Städte 1945? Aber in Wahrheit sind 1914 und 1939 so weit nicht, wie wir gern glauben möchten. Das Risiko des dritten Weltkrieges, des atomaren Weltkrieges, besteht nach wie vor. Gerade Europa steckt heute voll von Rüstung und Waffen, gegen die alle Kriegsmittel des zweiten Weltkrieges wie ein Kinderspielzeug erscheinen. Ein Funke genügt, um dieses Pulverfaß in die Luft zu sprengen und den dritten Weltkrieg auszulösen. Und diesmal bliebe

von den Deutschen und von Deutschland nichts mehr übrig. Wenn die Erinnerung an 1914 und 1939 einen Sinn haben soll, dann muß es dieser sein: Wir müssen fragen, was haben wir Deutschen aus den Katastrophen zweier Weltkriege für unsere Politik heute gelernt — oder was müssen wir noch lernen? Es gibt in der Welt draußen heute viele Versuche, Kriege abzubauen, Verständigung herzustellen, gemeinsame Wege zur Friedenssicherung zu finden. Das Moskauer Abkommen über das Verbot von Atomwaffentests, die Kürzung der Rüstungsetats und die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der Sowjetunion sind Zeichen hierfür. In der Bundesrepublik aber gehen die Uhren offenbar anders. Während in West und Ost Politiker neue Wege suchen, um den Kriegsfall zu verhindern, sind unsere Politiker in Bonn dabei, durch Notstandsgesetze und Beteiligung der

Bundesrepublik an atomarer Bewaffnung (= Multilaterale Atommacht) unsere politische und militärische Verfassung so umzuwandeln, daß sie vorzüglich für den atomaren Kriegsfall taugt.

In West und Ost wächst neues Mißtrauen gegenüber Deutschland, wächst die Furcht vor einer atomar gerüsteten neuen deutschen Machtpolitik. Der Rüstungssehrgeiz der Bundesrepublik, ihr Drang nach Atomwaffen versperrt jeden Weg zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage und verhindert Sicherungen gegen das atomare Kriegeisiko, wie sie Ost und West wünschen. In Genf könnten Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen geschlossen werden, wenn die Forderung Bonns nach multilateraler Atombewaffnung nicht im Wege stünde! Für Deutschland und die Welt wäre es besser, wenn unsere Politiker ein für allemal darauf verzichten würden, sich die Mitverfügung über

Atomwaffen und der Bevölkerung die Notstandsgesetze zu beschaffen. Wir Bürger können in dieser Sache etwas tun. Wir können unseren politischen Vertretern klarmachen, welche Politik wir wünschen: eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung. In dieser Zeitung legen bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik einen Vorschlag vor, wie eine solche Politik aussehen kann. Hunderttausend Bürger der Bundesrepublik sind bei den Veranstaltungen des Ostermarsches der Atomwaffengegner bereits für diese Politik eingetreten. Prüfen Sie bitte unsere Vorschläge. Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung kommen in den nächsten Tagen und Wochen zu Ihnen mit der Frage, ob Sie die Petition an den Deutschen Bundestag mitunterzeichnen wollen. Bedenken Sie bitte: Krieg entsteht nicht von selbst, er wird von Menschen gemacht. Menschen haben auch die Macht, den Krieg unmöglich zu machen.

Prominente Bürger fordern einen deutschen Beitrag zur Abrüstung

Günter Eich, Berthold Kiekebusch, Kirchenpräsident D. D. Martin Niemöller, Dr. Fritz Raddatz, Gerhard Zwerenz, Herbert Faller, Dolf Segall, Günther Schwarz, Ilse Aichinger, Rolf Hochhuth, Dr. Harry Pross, Prof. D. Helmut Gollwitzer, Pfarrer Horst Symanowski, Dr. Robert Jungk, Prof. Dr. Wolfgang

Abendroth, Prof. Dr. Heinz Joachim Heydorn, Max von der Grün, Oberkirchenrat D. Heinz Kloppenburg, Hinrich Oetjen und Philip Pleß

gaben folgende Erklärung ab:

In diesem Jahr sind 50 Jahre seit Beginn des ersten und 25 Jahre

seit Beginn des zweiten Weltkrieges vergangen. Jetzt wartet die Welt auf einen deutschen Beitrag zur Abrüstung. Die Petition an den Deutschen Bundestag zeigt einen Weg hierzu. Wir bitten die Bürger der Bundesrepublik, mit uns die Petition zu unterstützen.

1

Multilaterale Atommacht?

Der Plan zur Schaffung einer multilateralen Atommacht (MLF) hat im In- und Ausland ein leidenschaftliches Für und Wider ausgelöst. Worum geht es bei der multilateralen Atommacht? Zunächst einmal muß man feststellen, daß eine multilaterale Atommacht der NATO das Risiko eines nuklearen Konfliktes vergrößern würde. Sie widerspricht auch der weltweiten Forderung, jede Ausweitung nuklearer Atombewaffnung zu verhindern. Die Gründung einer vierten NATO-Atomstreitmacht würde dem guten Geist widersprechen, mit dem das Moskauer Teststoppabkommen unterschrieben wurde. Die Verbreitung von Atomwaffen stellt ein Hindernis für Verhandlungen mit der Sowjetunion dar. Mit dem gleichen Argument lehnten der britische Labourführer Wilson und der belgische Außenminister Spaak die MLF scharf ab. Übrigens sprach sich sogar die letzte beratende Versammlung der WEU (Westeuropäische Union) gegen das Projekt MLF aus. Sie bezeichnete es als „verschwenkerisch und unnötig“. Hinzu kommt: Kein Partner kann aus dieser der NATO zugeteilten Atomstreitmacht MLF ohne Zustimmung aller anderen wieder heraus. Damit wird ein fast unüberwindliches Hindernis für atomwaffenfreie Zonen, für die Abrüstung und für die Lösung der Deutschlandfrage geschaffen. Die MLF könnte zu einer Zementierung der Spaltung auf unabsehbare Zeit führen. Bundesverteidigungsminister von Hassel hat auf der NATO-Konferenz in Ottawa gesagt: „Sobald sichtbar wird, daß die multilaterale Streitmacht tatsächlich ein militärisches Instrument wird, muß es möglich sein, den amerikanischen Partner vom Veto abzubringen und den Mehrheitsbeschluß für die politisch-militärische Nutzung dieser Streitmacht herbeizuführen.“ Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Bundesregierung die MLF nur dazu benutzen will, um sich die Verfügungsgewalt über atomare Waffen zu sichern. Nun hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Erler die Zustimmung seiner Fraktion zur MLF mit dem Argument begründet, die multilaterale Atommacht sei die Alternative zur nationalen Atommacht. Vor Jahren forderte die SPD nach der militärisch verdünnte Zone in Deutschland und das Verbot, Atomwaffen in Deutschland zu stationieren. Auch heute stimmt sie der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik nicht zu. Die multilaterale stellt aber niemals eine Alternative zur nationalen Atommacht dar. Eine wirkliche Alternative ist der Verzicht auf Atomwaffen. Es kommt nicht auf die Form der Atombewaffnung an, sondern auf ein klares Ja oder Nein zur Bombe. Man kann nicht gleichzeitig gegen die Atombewaffnung sein und die multilaterale Atommacht fordern.

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte an Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Str. 5.

Name Vorname Leitzahl, Ort, Straße Unterschrift

1.
2.
3.

Bitte ausschneiden

2

Atomwaffenfreie Zone!

Um Sicherheit, um ein größtmöglichstes Maß von wirklicher Sicherheit, muß es uns gehen. Wie kann man die erreichen?

Die Amerikaner und die Russen haben genügend strategische Atomwaffen, um sich gegenseitig in Schach zu halten. Das ist bekannt.

In Mitteleuropa aber, links und rechts der Scheidelinie, hier, wo die gefährlichste Reibungsfläche der beiden Weltmächte gegeben ist, sind atomare und auch allgemein konventionelle Machtkonzentrationen der lebensgefährlichste Zündstoff. Jede, nur einigermaßen heiße Auseinandersetzung, etwa zwischen der Bundesrepublik und DDR, kann ihn zur Explosion bringen. „Seit langem ist man sich darüber einig, daß man das Ausbreiten eines Waldbrandes oder die Gefahren einer Explosion am besten durch Schaffung eines großen Zwischenraumes, einer Schneise vermindert. Es dürfte klug sein, diese Erkenntnis auch unverzüglich auf die internationale Sphäre zu übertragen“, sagte unlängst der englische Militärfachmann Liddell Hart.

Aber ist zu realisieren, was Liddell Hart vorschlägt? Wie wäre das zu machen?

Vorschläge und Pläne hierzu wurden von westlichen und östlichen Politikern ausgearbeitet. Am meisten wurde der Plan des polnischen Außenministers Adam Rapacki diskutiert. Er schlägt vor: 800 km Ost (Polen, DDR und Tschechoslowakei) und 300 km West (Bundesrepublik) werden atomwaffenfrei gemacht.

Das wäre ein Schritt zur beiderseitigen Sicherheit.

Wenn das unter internationaler Kontrolle geschafft ist, sollen in einem zweiten Schritt, gleichfalls unter strenger Kontrolle, die konventionellen Streitkräfte gleichmäßig verringert werden, so daß auch mit ihnen kein Angriff mehr möglich ist.

Ein vernünftiger Vorschlag also. Sollte man darüber nicht verhandeln?

Der Plan liegt schon seit Jahren auf dem Tisch.

Aber wer wehrt sich gegen solche Verhandlungen? Bonn und immer wieder: Bonn. Da setzt man weiter nur auf die atomare Karte. Zur Zeit auf eine sogenannte multilaterale Atommachtkarte, um endlich auch einen deutschen Finger auf den gefährlichsten aller Druckknöpfe zu bekommen.

Wenn es aber tatsächlich um Sicherheit für Deutschland geht, der muß dem gegebenen Zustand und diesen, die Spannung und die Gefahren erhöhenden Versuchen wirkungsvoll begegnen.

Die deutsche „Kampagne für Abrüstung“ setzt sich mit Nachdruck für eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone in Mitteleuropa ein; denn eine solche Lösung bringt wirkliche Sicherheit und politische Entspannung.

Und beide brauchen wir in Deutschland. In ganz Deutschland. Damit wir unsere Probleme mit politischen Mitteln ohne Kriegsgefahr lösen können.

3

Abrüstungsbehörde!

Wer Abrüstung will, muß ihre Bedingungen erforschen. Selbst wenn die Bundesregierung einsichtsloserweise des guten Glaubens ist, die Sicherheit der Bundesrepublik sei nur durch Aufrüstung einschließlich atomarer Bewaffnung gewährleistet, kann sie — sofern sie verantwortlich, was sie tut — die Alternative zu ihrer Politik nicht ungeprüft lassen, die Möglichkeit nämlich, Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung herbeizuführen. Diese Prüfung kann nicht mit dem kleinen Finger der rechten Hand, gesteuert durch antikommunistische Vorurteile, restaurative Ressentiments und wirtschaftliche Interessen, erfolgen.

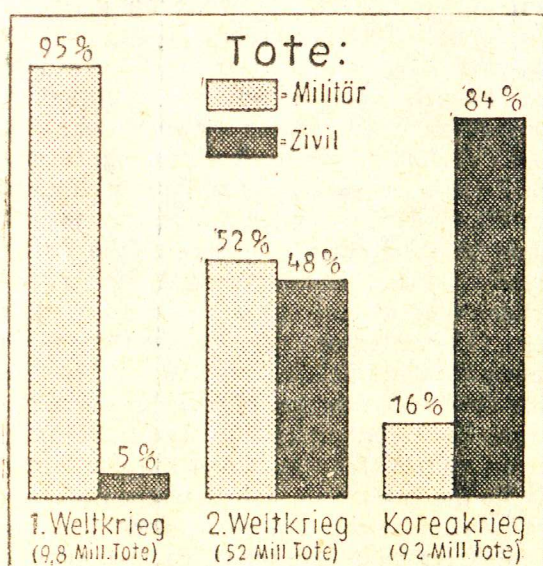
Die im Zusammenhang mit Entspannung und Abrüstung vorhandenen Probleme sind so umfangreich und zahlreich, daß sie an drei Schreibtischen, die es immerhin für Abrüstungsfragen im Bundesaußenamt gibt, nicht einmal registriert, geschweige denn bearbeitet werden können. (In den USA waren bereits 1961 mehr als hundert amtliche und private Institute mit der Bearbeitung von Abrüstungsfragen beschäftigt. Das Abrüstungsamt der amerikanischen Regierung, untergebracht im Gebäude des State Department in Washington, hat vier große Abteilungen: Waffenentwicklung und Kontrolle, Wissenschaft und Technik, Wirtschaft, internationale Beziehungen; sie veranlassen, unterstützen und koordinieren die Arbeiten von Militärs, Wissenschaftlern, Instituten, Firmen, über die zu lösenden Probleme der Abrüstung. Ihre Berichte gehen direkt an den Präsidenten der USA.)

Die Regierung der USA ist gewiß nicht dummer als die der Bundesrepublik. Sie gebraucht bereits ein Abrüstungsamt — und Bonn braucht es dringend. Allein, damit die Bundesregierung zu den Vorschlägen anderer Regierungen für die Herbeiführung von Entspannung und Abrüstung sachlich fundiert Stellung nehmen kann — außerdem und noch dringender, um selbst in die Lage zu kommen, endlich qualifizierte Vorstellungen für einen deutschen Beitrag zur Entspannung in der Welt zu entwickeln.

Unmittelbar mit den politischen Problemen verquickt sind die wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung. Wie werden die Arbeitskräfte der Rüstungsindustrie in anderen Wirtschaftszweigen untergebracht, und das durch Verminderung der Streikkräfte freiwerdende Militärpersonal in die Produktion eingefügt? Wie wird die Kapazität der Rüstungsindustrie für den zivilen Sektor nutzbar gemacht? Für welche Zwecke werden rund 20 Milliarden abgeschöpfter Kaufkraft, die jetzt für Rüstung und Unterhaltung der Bundeswehr eingesetzt werden, dann verwendet? (Für Vertreter der Entspannungs- und Abrüstungspolitik ergeben sich gute Perspektiven einer menschlichen Gesellschaft, in der keiner mehr zu hungern braucht und sterben muß, nur weil er arm ist.) Das sind Fragen, deren Kompliziertheit begreift, wer angefangen hat, sich damit zu befassen. Wer tut das in der Bundesrepublik? Die Bundesregierung nicht.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (SPD), ist darum, wie wir, der Meinung: Die Regierung der Bundesrepublik muß eine Abrüstungsbehörde einrichten.

Bilanz der Kriege



Die Statistik beweist es: In zunehmendem Maße fordern die Kriege mehr Tote unter den Zivilisten als unter den Soldaten

(Die Zeit)

Dieses Extrablatt zum 1. September wurde herausgegeben und verlegt von Dr. Andreas Buro 8 München 55 Andreas-Vöest-Straße 5 für die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner Verantwortlich für den Inhalt Dr Arno Klönne, Bochum

Wenn Sie Näheres über die Kampagne wissen möchten, wenden Sie sich bitte an Dr. Buro oder an die regionalen Ausschüsse (siehe Seite 4) Titelfoto: „Twen“, Köln

Druck: Westdeutscher Verlag, Dortmund

Schluß mit dem Wettrüsten!

GEWERKSCHAFTEN:

Der 6. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagt im „Appell an alle, die guten Willens sind“:

„... Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen. Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern... Die Bundesregierung und der Bundestag haben die Verantwortung und die Verpflichtung, mit größter Aktivität und durch geeignete Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens und für die Einstellung des Wettrüstens in der Welt einzutreten. Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in Ost und West der zweigeteilten Welt...“

JOHNSON:

Wir werden auch in Zukunft jeden Weg zum Frieden erproben. Wir werden beweglich bleiben. Schließlich stehen wir mit unseren Füßen ja nicht im Beton. Das sollten die Deutschen auch nicht tun. Von Gromyko habe ich erst neulich einige hoffnungserweckende Bemerkungen gelesen. Wenn es um den Frieden geht, werden wir den Russen auf halbem Wege entgegenkommen – und sogar mehr als auf halbem Wege, wenn es nötig ist. Als Kanzler Erhard hier war, sagte ich ihm: „Versetzen Sie sich mal in die Lage der Russen. Versuchen Sie, ihre Gefühle zu verstehen. Die machen sich wegen der Deutschen Sorgen, und das ist verständlich. Die Russen haben Furcht.“ Ich bat Erhard, alles zu versuchen, um mit den Russen ein besseres Verhältnis zu bekommen und vor allem ihre Sorgen zu zerstreuen.

US-Präsident Johnson im „Quick-Interview“

BERTRAND RUSSELL:

Lord Russell, der auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise vermittelnd zwischen den beiden Großmächten USA und Sowjetunion eingriff, schrieb der Kampagne für Abrüstung über deren Petition: „Die Gefahr, daß Deutschland eigene Atomwaffen haben wird, macht alle Hoffnungen für Abrüstung und Frieden zunichte. Es wird kein Verstehen zwischen Ost und West erreicht werden können, wenn den Forderungen der Kampagne für Abrüstung durch den Deutschen Bundestag nicht entsprochen wird. Ich unterstütze mit aller Aufrichtigkeit die Anstrengungen der Kampagne.“

THOMAS DEHLER:

Es gilt, die Atmosphäre zwischen Deutschland und Rußland zu entspannen, die Politiker der Sowjetunion zu überzeugen, daß uns jedweder Revanchismus und jedwede Aggression ferne liegt und daß wir bereit sind, für ein wiedervereinigtes Deutschland einen militärischen Status zu schaffen, der jede Gefahr eines neuen kriegerischen Konfliktes ausschließt. Wer glaubt, daß eine Regelung der deutschen Frage möglich ist unter Beibehaltung der augenblicklichen militärischen Bündnisse, verzichtet in Wirklichkeit auf eine reale Deutschlandpolitik. Es ist eine der Erkenntnisse meiner Gespräche mit Chruschtschow und mit anderen sowjetrussischen Politikern, daß für sie die Frage der Sicherheit ihrer Westgrenze von entscheidender Bedeutung ist. Sie werden Mittelddeutschland militärisch nicht räumen, wenn dadurch eine Gefahrenlage entstehen könnte. Der deutschen Öffentlichkeit ist es auch viel zu wenig bewußt, daß den Sowjetpolitikern und dem gesamten russischen Volk die Schrecken des letzten Krieges – 20 Millionen Tote, 20 Millionen Obdachlose, verbrannte Erde, zerstörte Wirtschaft – noch vor Augen stehen und ihre Haltung dem deutschen Volk gegenüber bestimmen. Mit diesen Fakten muß die deutsche Politik in erster Linie rechnen. Verbrecherisch ist es, mit dem Gedanken der Atomwaffe in deutscher Hand zu spielen.

Bundestagsvizepräsident Dr. Dehler am 22. 4. 64 in „Das Freie Wort“

PAPST PAUL VI.:

Um den Frieden unter den Menschen zur Herrschaft zu bringen – Sie kennen etwas davon – muß man es bisweilen verstehen, etwas von seinem Ansehen oder von seiner Überlegenheit zu opfern; man muß, um eines höheren Gutes willen, sich entschließen, Entfernungen zu überwinden, Gespräche einzuleiten und weiterführen, die unter gewissem Blickwinkel demütigend erscheinen können; man muß verhandeln, verhandeln ohne müde zu werden, um jene schlimmste Verdemütigung zu vermeiden, die gleichzeitig unter den gegenwärtigen Umständen die schlimmste Katastrophe wäre: „Den Griff nach den Waffen.“

Papst Paul VI. (Weihnachtsansprache 1963 vor dem Diplomatischen Corps).

KENNEDY:

Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht trägt. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft aller Bomben aufweist, die von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Und er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Gifte von Wind und Wasser und Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballes getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden... Lassen Sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlußfolgerung, daß der Krieg unvermeidlich ist, daß die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, daß wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können.

Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Aus: Friedensrede Präsident Kennedys an die Absolventen der American University in Washington am 10. 7. 1963.

WALTER DIRKS:

Der britische Oppositionsführer Harold Wilson bekräftigte, daß die Labour-Party strikt dagegen sei, daß Deutschland in irgendeiner Weise „den Finger am nuklearen Abzug“ haben könnte. Eine Regelung der Ost-West-Probleme sei nicht mehr möglich, wenn die Bundesrepublik Atomwaffen erhalte. Die Sowjets könnten die zwanzig Millionen Tote des letzten Krieges nicht vergessen; das Ende der sowjetischen Koexistenzpolitik sei im gleichen Moment da, wo westdeutsche Atombewaffnung zugelassen werde. Wilson setzte sich ferner für den Rapacki-Plan – wie auch den Gaitskell-Plan – als wertvolle Verhandlungsgrundlage für Ost-West-Gespräche ein. dpa

LABOUR-PARTY:

Der prominente katholische Publizist Walter Dirks, selbst Unterzeichner der Petition der Kampagne für Abrüstung, schreibt in der Juni-Ausgabe der „Frankfurter Hefte“:

Es sollte nicht mehr diffamierend sein, sich zu den Forderungen zu bekennen, die die Ostermarschierer vertreten und die nun in einer Eingabe an den Petitionsausschuß ihren Ausdruck gefunden haben.

LINUS PAULING:

Bei einem Atomkrieg zwischen Ost und West wird es nach Ansicht des amerikanischen Nobelpreisträgers Professor Linus Pauling in den USA und Europa keine Überlebenden geben. Zehn Prozent der von ihm auf insgesamt 320 000 Megatonnen geschätzten Atomwaffenbestände in der Welt würden ausreichen, um die USA und die europäischen Länder einschließlich der Sowjetunion zu vernichten, erklärte der Nobelpreisträger vor der Presse in Bonn. Pauling schätzte, daß von den 800 Millionen Menschen im Ost-West-Raum 60 Tage nach einem „dritten Weltkrieg mit Atomwaffen“ rund 720 Millionen tot sein würden. 60 Millionen würden, schwer verletzt, unter Qualen sterben, und die restlichen 20 Millionen müßten, verhungern, da nach einem Großeinsatz von Atomwaffen jede Vegetation verschwunden wäre. Mit Nachdruck sprach sich Pauling gegen die Ausrüstung in der Bundesrepublik aus, da diese die weitere Entspannung verhindern könne.

ENZENSBERGER

Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, Unterzeichner der Petition der Kampagne für Abrüstung, schreibt in der ZEIT (Nr. 23/64):

Vor mir habe ich eine kleine Landkarte. Sie trägt die Überschrift: Bevölkerungsverluste im zweiten Weltkrieg. Auf dieser Karte sind Kreuze zu sehen: ein Kreuz steht für eine Million Getötete. Ich sehe fünf Kreuze in Deutschland, fünf Kreuze in Polen und eines in Jugoslawien stehen. Zwanzig solcher Kreuze finde ich neben dem Wort: Sowjetunion. In einem kleinen Museum in Leningrad sah ich ein daumengroßes Stück verdorrten Brotes. Das war in den Wintermonaten zur Zeit der deutschen Belagerung die Tagesration für die Einwohner der Stadt. Sie war kleiner als eine Haftlingsration in Buchenwald.

Ich habe nicht den Eindruck, daß in der Bundesrepublik irgendjemand versucht, diese Vergangenheit zu „bewältigen“. Dazu wäre das übliche Ritual auch kaum geeignet. Denn diese Vergangenheit hat direkte historische und politische Folgen, und statt unverbindlicher Schuldgefühle und seelischer Andachtsübungen legt sie Handlungen und Folgerungen für die Zukunft nahe.

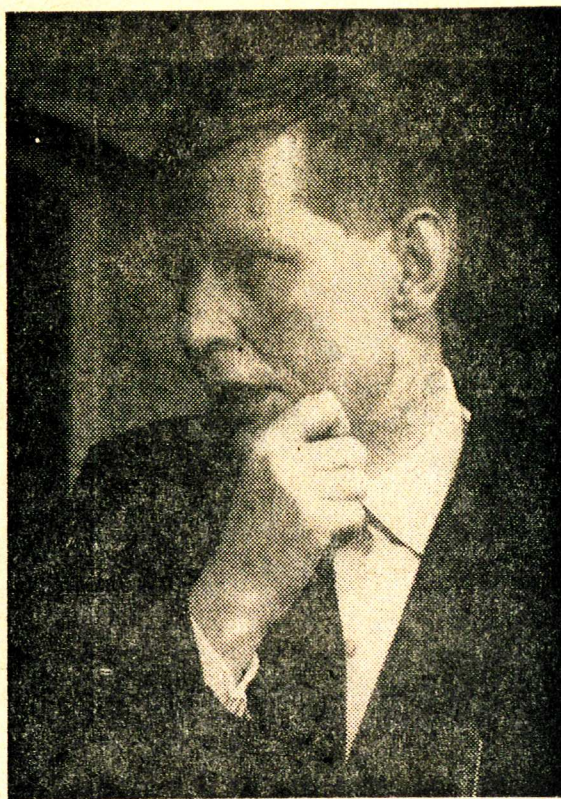
... Das Schlimmste an der deutschen Teilung ist nicht, daß die Deutschen unter ihr leiden, sondern, daß sie zu einem Weltkrieg führen kann; die atomare Rüstung der Bundesrepublik bedroht den Frieden, nicht, weil der Nationalcharakter der Deutschen teuflisch wäre, sondern, weil sie die Sowjetunion provozieren muß.



PROSS

Einer der bekannten deutschen Schriftsteller, die zur Unterzeichnung der Petition der Kampagne aufrufen, ist Dr. Harry Pross. Pross schrieb kürzlich:

„Ich bin gegen die geplante Notstandsgesetzgebung, weil ich in den Entwürfen sowohl des Notstandsverfassungsgesetzes wie einzelner Gesetze Gefahren für die Grundrechte zu erkennen glaube. Ich glaube überdies, daß die Einrichtung des Staates auf Notstandsfälle die Grundwahrheit überdeckt, daß es in einem atomaren Krieg auch mit Notstandsgesetzen für kaum jemanden eine Chance des Überlebens gibt. Ich befürchte, daß unsere Politik zu wenig daran denkt, daß es diesen Krieg unter keinen Umständen geben darf, wenn sie soviel von Notstand redet. Notstandsgesetzgebung ist in gewisser Weise Kriegsvorbereitung, und Kriegsvorbereitung ist politischer Irrsinn.“



DGB

Die Kampagne für Abrüstung hat nicht zuletzt im Raum der Gewerkschaften viel Unterstützung gefunden. Unser Foto zeigt die Gewerkschaftssekretäre Kiebusch und Laß, die – wie viele andere Gewerkschaftsfunktionäre – der Petition der Kampagne an den Bundestag zustimmten. Viele Gewerkschaftskonferenzen forderten deutsche Abrüstungsinitiativen. Im folgenden ein Beschluß der Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie:

„Die Delegierten sehen in dem Versuch, über die NATO eine multilaterale Atommacht zu bilden, eine Vergrößerung des internationalen Kriegsrisikos und eine Gefährdung der internationalen Abrüstungsbemühungen. Darum appellieren wir an die Regierung der Bundesrepublik, der Forderung des DGB nachzukommen und eigene Abrüstungsinitiativen zu ergreifen, auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und auf die Forderung nach einer multilateralen Atommacht zu verzichten.“



NIEMÖLLER

Die evangelische Zeitschrift „Stimme der Gemeinde“, herausgegeben u. a. von Martin Niemöller, Oscar Hammelsbeck, Heinrich Vogel und Ernst Wolf, schreibt in Nr. 9/64:

Wir können und dürfen uns nicht damit beruhigen, daß die USA den Weg der „Strategie des Friedens“ weitergehen und in Bonn die Uhren offensichtlich stehen geblieben sind. Wir müssen erkennen, daß die Kräfte, die gegen die Entspannung wirken, stark sind. Ihr Einfluß in der Regierung und auf die Regierung und den Bundeskanzler ist groß. ... Aus dieser Erkenntnis muß eine klare Willensbildung erwachsen, die konkrete Forderungen aufstellt und durchzusetzen versucht. In den nächsten Wochen wird die „Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner“ in der Bevölkerung Unterschriften für eine Petition an den Bundestag sammeln. Dieser „Kampagne für Abrüstung“ muß unsere Mitarbeit und Unterstützung gehören...



INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung - Abrüstung - Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben – sie erscheinen monatlich. Bitte, fordern Sie ein Probeexemplar an, oder benutzen Sie den folgenden Bestellschein:

An Dr. Andreas Buro
8 München 55, Andreas-Voest-Straße 5.

Senden Sie mir regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 8,— DM für ein Jahr überweise ich auf das Postscheckkonto Hannover 23 98 48, Dr. Andreas Buro, Sonderkonto Braunschweig.

Vorname: _____ Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße und Hausnummer: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

VON DER GRÜN

Den Ostermarsch der Atomwaffengegner und die Petition der Kampagne für Abrüstung unterstützt auch der Schriftsteller Max von der Grün, bekannt durch seine Bergarbeiterromane. Max von der Grün meint:

„Der Friede der Welt gilt mehr als das Recht auf Heimat, der Friede der Welt ist kostbarer als die Grenze von 1937, der Friede der Welt ist wertvoller als Überlieferung und Tradition. Allmählich wird es Zeit, daß wir lernen, daß die Abneigung vieler Ausländer uns Deutschen gegenüber nicht Neid vor unserer Tüchtigkeit ist, sondern Angst vor unserer Herrschaft. Wir sollten nicht die Warnungen des Auslandes, insbesondere der Neutralen, in den Wind schlagen. Uns Deutschen kann das nicht gleichgültig sein, denn in den Augen anderer sind wir nicht allein das Volk der Dichter und Denker, da. Volk der Ordnung und Tüchtigkeit und des wirtschaftlichen Aufstiegs oder das Volk der Devisenbringer – wir sind auch das Volk von Auschwitz, das Volk der Kristallnacht, das Volk von Lidice.“

damit dies nicht wieder passiert . . .



demonstriert die kampagne für abrüstung

Für atomwaffenfreie Zone gegen multilaterale Atommacht

Mit der Kampagne für Abrüstung

**Die Kampagne
für Abrüstung
erhält keine
Zuwendungen
vom Staat oder
einseitigen
Interessen-
gruppen.
Sie finanziert
ihre Arbeit über
die Spenden
vieler einzelner.
Das Postscheck-
konto
der Kampagne
lautet:
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto,
Braunschweig
Konto
Nr. 239 848
Postscheckamt
Hannover**

Die Kampagne für Abrüstung hat 1960 begonnen. Am Ostersonntag zogen damals einige Hunderte von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig durch die Heide nach Bergen-Hohne. In der Nachbarschaft des ehemaligen KZ und des neuen Raketenengeländes demonstrierten sie gegen die Atombombe.

Ein junger Lehrer aus Hamburg, Hans Konrad Tempel, Pazifist und Sozialdemokrat, hatte sie aufgerufen. Er kannte den Ostermarsch aus England. Der unkonventionelle Marsch mit Gitarren und Transparenten hatte ihm imponiert. Ebenso die große Kundgebung auf dem Trafalgar-Square mit den Reden von Lord Russell, Domherr Collins und Gewerkschafter Cousins.

Eine solche Aktion brauchte auch die Bundesrepublik, in der man sich nach Atomwaffen und nach Politik der Stärke verlor. Seit dem stillen Ende von „Kampf dem Atomtod“ fehlte eine außerparlamentarische, entschiedene Kraft gegen die Bombe.

Die Idee zündete. 1961 marschierten 9000 Menschen nach Bergen-Hohne, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg gegen Atomwaffen in Ost und West. 23 000 hörten die Reden von Stefan Andres, Martin Niemöller, Erich Kästner und anderen.

1962 brachte die Jugend ihre Instrumente mit. Skiffle-Groups spielten und die dunkelhäutige Asia sang: Geh mit uns, wer Du auch immer bist. Die Zahlen stiegen auf 15 000 Marschierer und 30 000 Teilnehmer an den Kundgebungen.

1963 machte die Bundesregierung die Propaganda für den Ostermarsch. 55 Engländer mußten in ihrem Flugzeug bleiben. Sie blieben über Ostern sitzen, weigerten sich, zurückzuflogen. In den Zeitungen wurde gefragt: Dürfen nur NATO-Soldaten einreisen? Labour-Abgeordnete sprachen vor 25 000 Marschteilnehmern und 50 000 Menschen auf den Kundgebungen.

Während der kalten Ostertage 1964, in Schnee, Regen und Wind, marschierten 50 000 Menschen, 70 000 waren bei den Kundgebungen. 8000 hatten namentlich aufgerufen, darunter 1100 Pfarrer aller Konfessionen, 800 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte und 200 Professoren.

Eine außerparlamentarische Aktion von so langer Puste, so hartnäckiger Unbestechlichkeit, so zäher Aufbauarbeit hat es in Deutschland noch nicht gegeben, schrieb eine Zeitung.

Die Menschen, die marschieren, haben keine Einheitsmeinung. Sie haben ein Ziel, den Frieden, aber sie vertreten in anderen Fragen die verschiedensten Auffassungen.

Eine jüdische Frau wurde von einem Reporter gefragt, weshalb sie mitgeht: „Ich habe mir während der Nazizeit immer wieder ins Gedächtnis gerufen, daß auch Goethe und Schiller im deutschen Volk geboren wurden. Heute bin ich glücklich, daß ich mit so vielen jungen Deutschen für den Frieden demonstrieren kann.“ Eine Gruppe katholischer Jugend hat ein eigenes Flugblatt herausgegeben: „Unsere Kraft ist der Glaube an Christus. Deshalb gibt es für uns kein anderes Leitwort als das, welches Johannes XXIII. der Welt gegeben hat: Friede auf Erden. Die Friedensbereitschaft der Katholiken wollen wir öffentlich bezeugen.“

Ein Sekretär der Industriegewerkschaft Chemie sprach auf einer Kundgebung: „Es gibt übergenug soziale Not, Hunger und Unterdrückung auf der Erde. Um sie zu beseitigen, brauchen wir alle Kraft und alles Geld. Vor allem das Geld, das Jahr für Jahr in die unproduktive Rüstung gesteckt wird. Diese Tatsachen müssen wir aussprechen. Die unsinnige Rüstungspolitik in Ost und West müssen wir bekämpfen.“

Ein Lehrling, Mitglied der Naturfreundejugend, antwortete einem Journalisten: „Wir haben doch keine Zukunft, wenn sich die Regierungen dauernd bedrohen. Wir müssen ihnen zeigen, daß wir Entspannung wollen. Deshalb bin ich beim Ostermarsch.“

Alle Teilnehmer am Ostermarsch haben sich auf einige vordringliche politische Forderungen geeinigt. Sie haben sich verbündet, um diese Forderungen durchzusetzen. Gemeinsam ist ihnen das Mißtrauen gegenüber dem Freund-Feind-Denken. Gemeinsam versuchen sie, im Atomzeitalter neue Wege für den Frieden zu finden. Der Ostermarsch gleicht einem großen Forum. Die Gespräche zwischen den Marschteilnehmern, mit den Zuschauern und Gegnern reißen nicht ab. Die Jugend bringt neue Lieder mit, Kabaretts und eine Fülle von Ideen. Sie macht aus dem Protestmarsch einen Marsch für das Leben, für ihre eigene Zukunft.

Der Slogan „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie“ bleibt nicht Theorie, er entspricht der Praxis.

An der Spitze der Kampagne für Abrüstung steht ein Kuratorium mit bekannten Mitgliedern. Hier seien nur wenige Namen genannt: Hedwig Born, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Martin Niemöller, Heinrich Vogel. Ein Zentraler Ausschuß leistet die organisatorische Arbeit und bespricht regelmäßig die gemeinsame Politik.

Diese Politik ist konkreter geworden. Im Anfang wurden allgemeine Forderungen aufgestellt: Keine Atomwaffen – Abrüstung – Frieden. Aber sie genügten nicht. Den Politikern und den Parteien müssen Vorschläge gemacht werden. Nicht nur das Ziel muß man kennen, sondern auch den nächsten Schritt auf dem Wege dorthin.

Die Frage nach dem nächsten Schritt wurde noch wichtiger, als mit dem Moskauer Teststoppvertrag und der direkten Leitung zwischen Kennedy und Chruschtschow die ersten Schritte getan waren. Jetzt mußte ein Konzept entwickelt werden für die weitere Entspannung und für eigene Initiativen der Bundesrepublik.

Der Hauptlogan für den Ostermarsch 1964 hieß deshalb:

Gegen multilaterale Atomwaffen – für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa.

Diese Forderung ist auch außerhalb der Kampagne populär geworden. Sie wird von immer mehr Politikern vertreten. Robert Kennedy hat bei seinem Besuch in Polen den Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa als geeignete Basis für eine Entspannungspolitik bezeichnet. Es liegen Pläne und Vorstellungen von Außenminister Rapacki und dem schwedischen Außenminister Undén vor, die als Grundlage für Verhandlungen dienen können. Gegen multilaterale Atomwaffen – für atomwaffenfreie Entspannungszone wird immer mehr die reale Gegenposition zu der Politik am Rande des Krieges.

Konkrete Forderungen können nicht nur einmal im Jahr vertreten werden. Der Ostermarsch allein genügt heute nicht mehr. Die Kampagne für Abrüstung muß an jedem Tag geführt werden. Sie muß auf die aktuelle Politik antworten und versuchen, sie zu beeinflussen.

Deshalb tritt in diesem Jahr die Kampagne immer wieder hervor. Kleine Gruppen entwickeln eigene Initiativen. Beim Jahreskongreß der Europa-Union in Frankfurt wurden Transparente entrollt: „Mit Europa – ohne Atomwaffen“. Vom Deutschlandtreffen der FDJ schreibt die „Zeit“: „Atomwaffengegner, Kriegsdienstverweigerer, Naturfreunde und sozialistische Studenten

lieferten der DDR-Prominenz heftige Redeschlachten.“ In der ganzen Bundesrepublik werden zur Zeit Unterschriften gesammelt für die Eingabe an den deutschen Bundestag, die in diesem Blatt abgedruckt ist.

Zehntausende Unterschriften sind bereits zusammen. Geistliche, Schriftsteller und Gewerkschafter haben erneut aufgerufen, die Petition zu unterzeichnen.

Diese Aktivität läßt manchen glauben, die Kampagne wolle eine neue Partei werden. Das ist nicht ihr Ziel. Die Bürger, die an der Kampagne für Abrüstung teilnehmen, wollen einfach von ihrem Recht Gebrauch machen, das im Grundgesetz garantiert ist. Sie wollen ihre Meinung sagen in der Lebensfrage des Friedens. Es geht um eine unkonventionelle außerparlamentarische Aktion, die eine Position des Friedens aufbaut und ihrer Sache mit allen demokratischen Mitteln Nachdruck verleiht.

Der ermordete Präsident Kennedy hat gesagt: „Verhandlungen über Abrüstungsmaßnahmen haben nur dann Chancen, wenn die Zustimmung und der förderliche Druck der öffentlichen Meinung hinter ihnen stehen.“

Es ist sicher so, daß nicht allein die Vernunft der Regierenden, sondern auch der Druck der internationalen Abrüstungsbewegung, zu der die Kampagne in Deutschland gehört, die ersten Abkommen herbeigeführt haben.

Die Kampagne für Abrüstung ist kein Selbstzweck. Sie will auf alle Menschen und auf alle Organisationen einwirken, den Frieden zu sichern. Wenn dieses Ziel erreicht ist, wird sie nicht mehr gebraucht.

Bis dahin aber wird sie unermüdlich für eine positive Politik des Friedens eintreten. Es ist noch ein weiter Weg zu gehen. Er wird leichter, wenn jeder, der dem Ziel zustimmt, sich an der Kampagne beteiligt.

Herbert Fallert

Adressender Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – Zentraler Ausschuß

Geschäftsführung Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

Regionale Ausschüsse:

1. Hamburg/Schleswig-Holstein
Hans-Jürgen Willenberg, 24 Lübeck,
Wendische Straße 61
2. Bremen
Detlef Dahlke, 28 Bremen, Wilhelm-Wolters-
Straße 50a
3. Niedersachsen
H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstraße 57
4. Nordrhein-Westfalen
Frank Werkmeister, 463 Bochum, Wittener Str. 183
5. Hessen/Rheinland
Klaus Vack, 605 Offenbach, Waldstraße 99
6. Baden/Pfalz/Saar
Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen
bei Heidelberg, Sitzbuchweg 14
7. Württemberg/Bodensee
Alfred Riedel, 7 Stuttgart-Bad Cannstatt,
Kienbachstraße 57
8. Bayern-Nord
Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58
9. Bayern-Süd
Gerhard Schmid, 8901 Westheim, Kobelgraben 24
10. Berlin
Franziska Menzel, 1 Berlin 12, Schülerstraße 48

für Sicherheit durch Abrüstung